

Medienmitteilung des Grossen Gemeinderates

Kommission Bau und Betriebe

10. September 2018

Die Kommission Bau und Betriebe findet einen parteiübergreifenden, gemeinsamen Kompromiss bei der neuen Parkplatzverordnung

Die Kommission Bau und Betriebe (BBK) hat die neue Parkplatzverordnung in zehn Lesungen diskutiert und schlägt dem Parlament einen gemeinsamen Kompromiss vor. Dieser weicht nur geringfügig vom Vorschlag des Stadtrates ab. Alle vertretenen Parteien schliessen sich dem Kompromissvorschlag an.

Die neue Parkplatzverordnung (PPVO) wurde in der Kommission Bau und Betriebe (BBK) intensiv diskutiert. Insbesondere bei der Bestandesgarantie sowie beim Entwicklungsgebiet Neuhegi gab es Anlass, die stark unterschiedlichen Positionen zu einer gemeinsamen Lösung zu vereinen. Dies ist dank der Bereitschaft aller Beteiligten schlussendlich gelungen.

Komplexe Regelwerke wie Parkplatzverordnungen haben in der Bevölkerung meist einen schweren Stand. Die Stadt Uster hat am letzten Wochenende mit einem Vorschlag einer restriktiven Abstellplatzverordnung Schiffbruch erlitten. Auch in Winterthur wurde eine erste Vorlage 2015 mit 60.1 % klar verworfen. Die BBK war sich während der ganzen Beratung bewusst, dass nur ein partiübergreifender Vorschlag zielführend sein kann. In einer guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hat die Kommission die Verantwortung wahrgenommen und einen tragfähigen Kompromiss erarbeitet.

Auf der einen Seite beschränkt die neue PPVO die Anzahl der Parkplätze bei Neubauten stärker, als der Kanton Zürich das für Städte wie Winterthur vorschlägt. Auf der anderen Seite werden mit Ausnahmeregelungen bei Um-, Erweiterungs- und Ersatzneubauten sowie dem Zonenplan und ausgewogenen Reduktionsfaktoren auch wieder mehr Freiheiten für Unternehmer und Private entstehen – insbesondere im Vergleich mit der heute angewandten Dienstanweisung aus dem Jahr 2011. Die Mitglieder der BBK streben eine rasche Umsetzung an. Nach vielen Jahren – in welchen die Parkplatzzahl auf Basis einer Dienstanweisung berechnet und verfügt wurde – entsteht mit der neuen PPVO wieder eine politisch legitimierte Rechtssicherheit.

Für Rückfragen:

– *Michael Gross, Präsident Kommission Bau und Betriebe, Tel. 079 617 22 91*